



„Wir brauchen einen Deal mit den Menschen in der Region!“

Rede zur aktuellen Situation im Rheinischen Revier

Anlässlich des gerichtlich angeordneten Rodungsstops im Hambacher Forst fand am Mittwoch eine Aktuelle Stunde im Landtag statt. Ich nutzte die Gelegenheit, um die Rolle und Position der Landesregierung kritisch zu hinterfragen und Perspektiven für die Region aufzuzeigen. (Video und komplettes Redemanuskript finden Sie [auf meiner Homepage](#).)

Armin Laschet nimmt Verantwortung nicht an

Der Versuch des Ministerpräsidenten die Verantwortung für die Situation allein auf den RWE-Konzern abzuladen, ist ein trauriges Beispiel dafür, dass die Landesregierung immer noch nicht bereit ist Verantwortung für die Zukunft der Region und der Menschen im Rheinischen Revier zu übernehmen. Beklagter vor dem OVG war das Land NRW: dies ist Laschets Niederlage.



Die in den letzten Monaten entstandenen Zerrbilder werden niemandem gerecht. Weder den betroffenen Beschäftigten, noch den Umsiedlern in der Region und auch nicht den friedlichen Demonstranten und den Polizeikräften, die für den Rechtsstaat im Einsatz waren. In diesem Zusammenhang erneuerte ich meine Kritik, dass Bauordnung und Brandschutz keine überzeugende Begründung für die Räumung des Waldes von

Gewalttättern und Chaoten gewesen ist. Bezeichnend war, dass der Ministerpräsident selber nicht sprach.

Viele Fragen ließ die Landesregierung offen. Unter anderem: Wie werden die 4600 unmittelbar betroffenen Arbeitsplätze gesichert? Wie geht es mit der Rekultivierung weiter, wie wird eine sichere Böschung am Hambacher Forst geschaffen, wenn dort tatsächlich nicht mehr weitergebaggert werden wird? Wer zahlt das alles?

Perspektiven für die Region

Damit der laufende Strukturwandel eine Erfolgsgeschichte wird, muss endlich die Arbeit der alten SPD-geführten Landesregierung wieder aufgenommen werden. Seit Amtsübernahme "evaluiert" die Landesregierung nur, aber bringt nichts auf den Weg. Ich meine, man darf sich nicht verstecken und abwarten, was Kommissionen entscheiden, sondern man muss selber gestalten.

Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, damit das gesamte Rheinische Revier GRW-Gebiet, eine Förderregion mit Sonderstellung wird. Damit können Mittel aus Bund und Europa besser abgerufen und gebündelt werden. Leider haben CDU und FDP trotz anfänglicher Signale dem Antrag nicht direkt zugestimmt, sondern in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Eins ist mir angesichts der entsprechenden Andeutungen vom Vorsitzenden der Strukturkommission Pofalla (CDU) ganz wichtig:

Wir brauchen keinen Deal mit den Konzernen, sondern ein Deal mit den Menschen im Rheinischen Revier.

Sinnersdorfer Westumgehung ist fertig

Beim Spatenstich zum Bau der L183n im Mai 2017 hatte der damalige Verkehrsminister Groschek versprochen, dass die dringend benötigte Entlastung für Sinnersdorf noch 2018 fertig werden würde. Montag ist nun die offizielle Freigabe und es freut mich sehr, dass damit der Ort von ca. 4500 Fahrten täglich entlastet wird und das neue Perspektiven für die Umgestaltung des Ortskerns entstehen.



Ausdrücklich unterstütze ich den Einsatz der Sinnersdorfer

SPD für eine Beleuchtung der Radwegquerung am neuen Kreislauf auf der Pulheimer Straße. Es ist traurig, dass Verkehrsminister Wüst (CDU) sich dafür nicht zuständig sieht. Klar ist, dass der viel benutzte Schulweg unbedingt beleuchtet werden muss. Hier müssen Land und Stadt kurzfristig eine Lösung im Sinne der Sicherheit der Schulkinder finden.

Sonnige Herbstgrüße

Passend zum Beginn der Herbstferien präsentiert sich der goldene Oktober noch einmal von seiner besten Seite. Ich wünsche den Leserinnen und Lesern der Landtags-Post einen schönen Spätherbst und eine erholsame Ferienzeit. Die nächste Ausgabe erscheint planmäßig am 2. November.

Herzlichst Ihr